



Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Protokoll der 40. Sitzung

Datum und Zeit: Freitag, 15. März 2013, 12.00 bis 15.08 Uhr
Ort der Sitzung: Bayerischer Landtag, Maximilianeum, Saal 3
Vorsitz: Reinhold Bocklet, Erster Vizepräsident des Bayer. Landtags
Protokoll: Gerald Petrzik, Stenogr. Dienst des Bayer. Landtags

TAGESORDNUNG

1.	Eröffnung und Begrüßung	1
2.	Genehmigung des Protokoll der 39. Sitzung vom 19. Oktober 2012	2
3.	Schwerpunktthema „Europäische Strategie für den Alpenraum – Auswirkungen für den Bodenseeraum“	2
4.	Kurzbericht über die Aktivitäten des Bodenseerates	12
5.	Kurzbericht über die Aktivitäten des Internationalen Städtebunds Bodensee	14
6.	Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK	16
7.	Verschiedenes:	
	a) Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau	17
	b) Dramatischer Fangrückgang beim Bodenseefelchen	19
	c) Einheitliche Funkfrequenzen für die Schifffahrt auf dem Bodensee	21
	d) Behindertentarife auf den Bodenseeschiffen	22

Teilnehmer

Appenzell Außerrhoden	Edith Beeler Susanne Lutz Nadja Holenstein	1. Vizepräsidentin Mitglied der Delegation für inter-regionale Zusammenarbeit Assistenz Kantonsrat
Appenzell Innerrhoden	Feti Sutter Martin Breitenmoser Thomas Mainberger	Großrat Vizepräsident Großrat Großrat
Baden-Württemberg	Martin Hahn Wolfgang Reuther Florian Ziegenbalg	Landtagsabgeordneter Landtagsabgeordneter Parlamentarischer Berater
Bayern	Reinhold Bocklet Eberhard Rotter Angelika Schorer Dr. Paul Wengert RD Martin Roßmann MRin Monika Hohagen	1. Vizepräsident Landtagsabgeordneter Landtagsabgeordneter Landtagsabgeordneter Landtagsamt Landtagsamt
St. Gallen	Felix Bischofberger Walter Freund Monika Lehmann-Wirth Michael Strebel	Kantonsratspräsident Kantonsrat Kantonsrätin Mitarbeiter Ratsdienst
Schaffhausen	Matthias Freivogel Beat Hedinger Peter Käppler Bernhard Müller	Kantonsrat und Präsident der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit Kantonsrat Kantonsrat Kantonsrat
Thurgau	Ulrich Müller Inge Abegglen Fritz Zweifel	Präsident Großer Rat Kantonsrätin Kantonsrat
Vorarlberg	Dr. Gabriele Nussbaumer Peter Ritter Ernst Blum	Landtagspräsidentin Vizepräsident Abgeordneter

Zürich	Bernhard Egg Bruno Walliser Brigitta Johner-Gähwiler Esther Guyer Barbara Bussmann Dr. Moritz von Wyss	Kantonsratspräsidentin 1. Vizepräsident des Kantonsrats 2. Vizepräsidentin des Kantonsrats Mitglied Geschäftsleitung, Präsidentin Fraktion Grüne Mitglied Geschäftsleitung, 1. Ratssekretärin (SP) Leiter Parlamentsdienste
Referenten, Gäste	Emilia Müller MR Michael Hinterdobler Josef Büchelmeier Altnationalrat Dr. Arthur Loepfe	Bayer. Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, Bayerische Staatskanzlei Geschäftsführer Int. Städtebund Bodensee Präsident Bodenseerat

Das Fürstentum Liechtenstein nimmt wegen Neuwahlen nicht teil.

1. Eröffnung und Begrüßung

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, eröffnet die 40. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee – PKB – und begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insbesondere Frau Emilia Müller als Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Herrn Ministerialrat Hinterdobler, von der Bayerischen Staatskanzlei als Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der IBK, Herrn Altnationalrat Dr. Loepfe als Präsident des Bodenseerats und erstmals Herrn Büchelmeier als Geschäftsführer des Internationalen Städtebunds Bodensee.

Im Anschluss an die Sitzung sei Gelegenheit zu einer Führung durch das Maximilianeum als Sitz des Bayerischen Landtags, der nur Mieter in diesem Gebäude sei. Eigentümer sei die Stiftung Maximilianeum, die aus den Mietzinszahlungen des Bayerischen Landtags gemäß ihrer Zweckbestimmung den besten Abiturientinnen und Abiturienten des Freistaates Bayern Unterkunft bei freier Kost und Logis gewährt. Im Maximilianeum lebten damit die Besten und die Vertreter des Volkes unter einem Dach.

Die PKB sei wegen ihrer grenzüberschreitenden Arbeit von europäischer Dimension. Ihr Ziel sei die Begleitung und Ergänzung der Arbeit der Regierungen im Rahmen der IBK. Im Unterschied zur Europäischen Union bestehe damit im Bodenseeraum kein parlamentarisches Defizit. Das Zusammenwirken der Regierungen der beteiligten Länder und Kantone, ergänzt durch die gemeinsame Gestaltung der Interessen der gewählten Volksvertreter und nunmehr auch durch den Austausch mit dem Bodenseerat und dem Internationalen Städtebund Bodensee, sei vorbildlich.

Das Schwerpunktthema „Europäische Strategie für den Alpenraum – Auswirkungen für den Bodenseeraum“ der heutigen Sitzung sei von europäischer Tragweite. Der Zeitpunkt für die Befassung mit diesem Thema sei bewusst früh gewählt. Die Erfahrungen auf europäischer Ebene lehrten nämlich, dass Interessen frühzeitig formuliert und eingebracht werden müssten, wolle man Gehör finden und Einfluss nehmen. Die Befassung zu diesem frühen Zeitpunkt sehe er, Vizepräsident Bocklet, als Chance für den Bodenseeraum. Sofern es die Ergebnisse der heutigen Sitzung rechtfertigten, könnte eine entsprechende politische Resolution für die Herbstsitzung 2013 vorbereitet werden und sollte dann auch in das weitere Verfahren bei den Nationalstaaten und auf EU-Ebene eingebracht werden.

Frau Staatsministerin Emilia Müller habe sich dankenswerterweise zu einem Impulsreferat zum vorgenannten Schwerpunktthema bereit erklärt und deshalb einen wichtigen Termin verschoben, den sie in ihrer Eigenschaft als Bezirksvorsitzende der CSU Oberpfalz heute noch wahrnehmen müsse.

Aus dem Fürstentum Liechtenstein sei wegen der am 27. März 2013 dort stattfindenden Neuwahlen leider kein Vertreter/keine Vertreterin anwesend.

Gemäß dem PKB-Statut seien die Sitzungen öffentlich; deshalb seien dazu Medienvertreter eingeladen worden.

2. **Genehmigung des Protokoll der 39. Sitzung vom 19. Oktober 2012**

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, vermerkt, dass das Protokoll der 39. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee zusammen mit der Einladung versandt worden sei. Einwände seien bisher nicht mitgeteilt worden. Wortmeldungen lägen ebenfalls nicht vor.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Edith Beeler, 1. Vizepräsidentin Appenzell Ausserrhoden, übergibt Herrn I. Vizepräsidenten Reinhold Bocklet als symbolisches Zeichen des Vorsitzwechsels vom Kanton Appenzell Ausserrhoden auf den Freistaat Bayern eine Sitzungsglocke, die nach Ablauf des jeweiligen Vorsitzturnusses den Vertreterinnen bzw. Vertretern des jeweils neuen Vorsitzlandes bzw. Vorsitzkantons zu übergeben ist.

(Heiterkeit – Beifall)

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, dankt für die Übergabe. Diese gute Idee sei der Beginn einer neuen Tradition.

3. **Schwerpunktthema „Europäische Strategie für den Alpenraum – Auswirkungen für den Bodenseeraum“**

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, kündigt noch einmal das hierzu vorgesehene Impulsreferat der Frau Staatsministerin Emilia Müller an. Auch die nicht zur Europäischen Union gehörenden PKB-Mitglieder seien von den Auswirkungen der Europäischen Strategie für den Alpenraum auf den gemeinsamen Bodenseeraum betroffen, in dem alle in einer Art geografischen Schicksalsgemeinschaft verbunden seien. Die Bayern teilten ein wenig die Befindlichkeiten von Nicht-EU-Mitgliedern gegenüber der Europäischen Union, denn auch der Freistaat fühle sich von Brüssel relativ fern und begrüße deshalb jeden Kombattanten zur Wahrung gemeinsamer Interessen. Umgekehrt helfe Bayern auch denjenigen, die ihre Interessen in Brüssel deponieren wollten.

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, übermittelt eingangs die Grüße der Bayerischen Staatsministerin Dr. Beate Merk, die Bayern in der Regierungschefkonferenz vertrete. Mit dem I. Vizepräsidenten Reinhold Bocklet verbinde sie, Frau Staatsministerin Müller, eine lange intensive politische Arbeit. Beide hätten dem Europäischen Parlament angehört. Herr Vizepräsident Bocklet sei Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten gewesen. Später sei sie, Frau Staatsministerin Müller, mit diesem Amt betraut worden. Ihr gemeinsames Ziel seien Fortschritte sowohl in Europa als auch im grenzüberschreitenden Verhältnis mit Nicht-EU-Mitgliedern. Dazu zähle die intensive Kontaktpflege mit allen

Bodenseeanliegern ungeachtet der Tatsache, dass der bayerische Anteil mit einem nur 18 Kilometer langen Uferstreifen relativ gering sei.

Entsprechend der heutigen Einladung wolle sie gerne über das Projekt Europäische Alpenraumstrategie berichten. Die Bodenseekonferenz bilde eine feste Klammer der Zusammenarbeit im Vier-Länder-Grenzraum und sei damit über die Europäische Union hinaus Vorbild für Gesamteuropa.

Für die gute Zusammenarbeit sage sie der PKB namens der gesamten Staatsregierung Dank und Respekt. Die Kontakte zur Schweiz seien in den letzten Jahren erfreulicherweise verbessert und intensiviert worden.

Das Projekt Europäische Alpenraumstrategie biete Chancen zur gemeinsamen Nutzung des Alpenraums. Die Regionen im Alpenraum hätten im Jahre 2011 eine gemeinsame Initiative für eine Makroregionale Alpenstrategie ergriffen. Ein wichtiger Impuls hierfür sei von der Arbeitsgemeinschaft Arge-Alp gekommen, in der Bayern, Vorarlberg und St. Gallen engagiert seien. Auch alle Mitglieder der Internationalen Bodenseekonferenz – IBK – seien beteiligt gewesen. Mit dem Initiativpapier der Regionen, beschlossen am 29. Juni 2012 in Bad Ragaz, seien inhaltliche Maßstäbe für die weitere Diskussion gesetzt worden.

Seither sei schon einiges erreicht worden. Die Regierungschefs der Alpenregionen und die Außenminister der Alpenstaaten hätten das gemeinsame Initiativpapier der Regionen an EU-Kommissar Hahn übergeben. Kommissar Hahn habe sich vorbehaltlos für eine Makroregionale Strategie für den Alpenraum ausgesprochen und die Regionen ermutigt, ihren Weg fortzusetzen.

Aktuell sei festzustellen, dass die Alpenstrategie immer mehr Fahrt aufnehme. Am 22. Februar 2013 sei auf einem Arbeitstreffen in Mailand das weitere Vorgehen abgestimmt worden. Drei Ziele müssten nunmehr besonders vorangetrieben werden:

Erstens. Der Europäische Rat solle noch in diesem Jahr (2013) zu einem Auftrag an die Kommission zur Aufstellung der Alpenstrategie veranlasst werden.

Zweitens. Die nationalen Regierungen müssten als Unterstützer gewonnen werden. In Deutschland, dessen Staatsgebiet außerhalb Bayerns und Baden-Württembergs ganz überwiegend nicht zum Alpenraum zähle, sei es jedoch nicht ganz einfach, die Bundesregierung in Berlin als Unterstützer zu gewinnen. Die Regierung in Paris habe bereits zugesichert, bei den anderen Alpenstaaten auf höchster Ebene um ein Engagement zu werben.

Drittens. Die drei bestehenden Initiativen – Regionen, Interregionales Alpenraumprogramm und Alpenkonvention – sollen zusammengeführt und ein gemeinsames Dokument für eine Strategie für den Alpenraum erstellt werden.

Sie, Frau Staatsministerin Müller, lade die PKB herzlich dazu ein, diese Initiativen auch künftig politisch zu unterstützen und zu begleiten.

Eine gemeinsame Europäische Strategie für den Alpenraum sei eine große Chance für alle, gerade auch für den Bodenseeraum. Dies gelte für alle Schwerpunktthemen der Alpenstrategie. In der Einladung zur heutigen Sitzung seien dazu die Themenbereiche

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation,

Land- und Forstwirtschaft,

Wasser, Energie, Umwelt und Klima,

Zugänglichkeit, Verkehrsmittel und Transport genannt.

Zu all diesen Themen gehöre zwangsläufig auch stets der Tourismus als tragender Wirtschaftsfaktor im Alpenraum.

Besonders wichtig erscheine ihr, Frau Staatsministerin Müller, die Verkehrsfrage. Die schwer zugänglichen Bergregionen bräuchten verlässliche Straßen- und Schienenanbindungen. Gleichzeitig nehme der alpenquerende Verkehr ständig zu. Dies erfordere dauerhafte grenzüberschreitende Lösungen. Als Beispiel sei die Bahnstrecke München – Lindau zu nennen. Dieses derzeit leider noch als desaströs zu bezeichnende Ausbauprojekt müsse beschleunigt vorangetrieben werden. Die Schweiz habe dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, Bayern stelle 55 Millionen und der Bund 105 Millionen Euro bereit. Nunmehr sei aber plötzlich eine Kostensteigerung um 100 Millionen Euro bekannt geworden. Die Bayerische Staatsregierung versuche jedoch, über den aus Bayern kommenden Bundesverkehrsminister den Fortgang des Ausbauprojekts zu erreichen.

Der Brenner-Basistunnel und seine Zulaufstrecken bildeten ein weiteres Verkehrsthema. Zur verkehrlichen Entlastung des Alpenraums müssten nämlich zwangsläufig mehr Güter auf der Schiene transportiert werden.

Die Energiefrage sei ebenfalls von großer Bedeutung. Bayern steige bekanntlich aus der Kernenergie aus und wolle bis zum Jahre 2022 alle Kernkraftwerke abschalten. Umso notwendiger seien transnationale Konzepte für die Gewinnung, Speicherung und Verteilung von Energie. Nur so könne der Umstieg auf erneuerbare Energien in Deutschland und der Schweiz gelingen. Der Alpenraum biete für alternative Energieformen ein riesiges Potenzial. Dies gelte nicht zuletzt für Wasserkraft und Speicherkapazitäten. Grenzüberschreitende Netzverbindungen seien deshalb unverzichtbar. Ein koordiniertes Vorgehen auf diesem Gebiet sei ihr, Frau Staatsministerin Müller, ein wesentliches Anliegen. Gerade im Zuständigkeitsbereich der Bodenseekonferenz lägen wichtige europäische Knotenpunkte für Durchleitung und Speicherung. Die großen Speicherkapazitäten der Schweiz könnten dabei ein Anknüpfungspunkt sein.

Landwirtschaft und Umweltschutz bildeten einen weiteren wichtigen Themenbereich. Die Land- und Forstwirtschaft stehe im Alpenraum vor völlig anderen Herausforderungen als im flachen Land. Gleichzeitig seien die Alpen ein sehr sensibler Naturraum auch im Hinblick auf die Biodiversität, den Schutz von Tieren und Pflanzen. Die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels machten nicht an Grenzen halt. Dies erfordere abgestimmte Anpassungsstrategien zur Erhaltung der Vielfalt und Lebensqualität im Alpenraum bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Interesses an einer intensiven Land- und Forstwirtschaft. Die Bergbauern verdienten deshalb Unterstützung bei gleichzeitiger Wahrung des Naturschutzes zum Beispiel durch Lawinenverbauung und Einrichtungen zum Schutz vor Hochwasser.

Für das bayerische Allgäu gehörten Landwirtschaft und intakte Umwelt zusammen. Die Heimat müsse als Lebens- und Arbeitsraum erhalten werden. Gleichzeitig müssten Tourismus und Wirtschaft weiterentwickelt werden. Dabei müssten vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen als tragende wirtschaftliche Säulen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen unterstützt werden. Der Bodensee als Modellregion für nachhaltige Entwicklung sei ein wichtiges Ziel der IBK und passe hervorragend in eine Alpenstrategie.

Die Wirtschaft sei ein weiteres wichtiges Thema im Bodenseeraum. Der Alpenraum fungiere nämlich als Brücke zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsräumen und müsse deshalb produktiv und zukunftsstark erhalten und weiter ausgebaut werden. Auf der Grundlage von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sollen Wohlstand und Lebensqualität gesichert werden. Der Bodenseeraum gehöre mit seinem starken Mittelstand zu den kreativsten und leistungsstärksten Zentren in Europa. Dieser Innovations- und Exportstandort zwischen München, Stuttgart und Zürich solle deshalb gezielt gefördert und weiterentwickelt werden. Die „Nobelpreisträgertagung in Lindau“ sei ein weithin sichtbares Symbol für diesen Anspruch.

Bayern setze sich intensiv für eine Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ein und habe deshalb innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmern zur Umsetzung ihrer neuen Produkte oder Dienstleistungen sog. Innovationsgutscheine zur Verfügung gestellt. Durch den Abbau von Bildungshürden solle mittelständischen Unternehmern oder Handwerkern zudem ein Studium an den Universitäten oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften ermöglicht werden. Dieses Modell eigne sich auch zur Übernahme für eine gezielte Zusammenarbeit im Alpenraum.

Im Zuge der bayerischen Cluster-Strategie würden in 19 Clustern jeweils die Unternehmen eines Bereichs mit der Wissenschaft zusammengeführt. Solche Cluster arbeiteten auch grenzüberschreitend und seien deshalb ein Angebot zur Zusammenarbeit im Bodenseeraum.

Die Chancen der Zusammenarbeit sollten genutzt und eine gute Zukunft für die Menschen im Bodensee- und Alpenraum gestaltet werden. Nach ihrer Überzeugung sei die dazu notwendige Alpenstrategie nicht nur von Bayern, der Schweiz und Österreich, sondern auch von Frankreich, Slowenien und Teilen Italiens im Sinne einer Europäischen Alpenstrategie zu gestalten.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, stellt die teilnehmenden bayerischen Landtagsabgeordneten vor: Frau Angelika Schorer (CSU) und Dr. Paul Wengert (SPD) aus dem Ostallgäu sowie Eberhard Rotter aus Lindau.

Dr. Gabriele Nussbaumer, Landtagspräsidentin Vorarlberg, EU-Ausschussvorsitzende berichtet von der Vorstellung der Europäischen Alpenraumstrategie durch Frau Ministerialdirektorin Dr. Gabriele Stauner, Bayer. Staatskanzlei, vor etwa einem Monat in einem EU-Ausschuss und möchte angesichts der Beteiligung mehrerer Gremien an dieser Strategie wissen, wer dafür federführend zuständig sei.

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, bezeichnet Bayern, Tirol und Südtirol als federführend. Die Einigung hierüber sei in der Arge-Alp erzielt worden. Die vorgenannten federführenden Regionen stimmten sich jeweils eng ab. Die erzielten Ergebnisse führe Herr MR Hinterdobler von der Bayerischen Staatskanzlei in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der IBK in die anderen Gremien ein. Der jeweils turnusmäßige Vorsitzende der Arge-Alp betreibe die Abstimmung zwischen den federführenden Regionen, von denen Bayern mit 12,5 Millionen Einwohnern durchaus von Gewicht sei und dies auch auf europäischer Ebene einbringen könne.

Auf einen Einwurf von Frau Landtagspräsidentin Dr. Nussbaumer bestätigt sie, dass die Angelegenheiten der Alpenraumstrategie nicht die Parlamente der federführenden Regionen, sondern in Tirol und Südtirol jeweils der Landeshauptmann und in Bayern sie, Frau Staatsministerin Müller, federführend wahrnehmen.

Bisher bestünden bereits zwei Makroregionale Europäische Strategien und zwar die Ostseestrategie und die Donaustrategie. Vor allem an letzterer habe Bayern intensiv mitgewirkt und sehe eine große Chance für die Identifizierung der Einwohner dieser abgegrenzten Räume innerhalb der Europäischen Union mit künftig 28 Nationalstaaten. Fördergelder sollen nicht nur donauabwärts, sondern auch donauaufwärts fließen, indem sich bayerische Unternehmen in den geförderten Räumen und EU-Staaten, wie zum Beispiel Rumänien, wirtschaftlich betätigen könnten und damit finanziell von der Förderung durch die Donaustrategie profitierten. Parallel dazu sollte dies auch für den Alpenraum ermöglicht werden, der als besondere europäische Region mit der Bewältigung spezieller Herausforderungen nach dem Vorbild der beiden bereits bestehenden Makroregionalen Europäischen Strategien selbstverständlich zusammen mit der Schweiz ebenfalls abgegrenzt gefördert werden sollte.

Bernhard Müller, Kantonsrat Schaffhausen, möchte Auskunft über den Entwicklungsstand der „Makroregionalen Strategie für den Alpenraum“.

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, betont dazu die Bedeutung und Fortschritte beim Regionalmarketing als einem wichtigen Definitionsmittel für Regionen. In Südtirol sei das Regionalmarketing bereits sehr weit gediehen mit entsprechender Kennzeichnung regionaler Produkte, wie zum Beispiel Äpfeln und Wein.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, verweist auf die beiden Makroregionalen Europäischen Strategien für den Ostsee- und den Donauroum, zu denen sich die europäischen Peripherieländer zusammengeschlossen hätten, um nicht nur politisch, sondern allgemein stärker in das Blickfeld der EU-Zentrale und aller Mitgliedstaaten zu gelangen. Im Hinblick darauf sei die Entwicklung einer entsprechenden Makroregionalen Europäischen Strategie für den im Herzen Europas gelegenen Alpenraum überlegenswert. Dieser sei zwar nicht uneingeschränkt homogen, wohl aber durch geografische Gemeinsamkeit geprägt.

Eine Europäische Alpenraumstrategie setze aber die Formulierung gemeinsamer Interessen voraus, die sinnvollerweise von vornherein grenzüberschreitend über den EU-Raum hinaus gemeinsam gefasst werden sollten. Die PKB sei dafür das richtige Gremium, durch das die exekutiv arbeitenden Regierungen parlamentarisch legitimiert und damit entsprechend demokratisch unterfüttert würden. Hauptzweck der PKB sei nämlich die parlamentarische Legitimation und Kontrolle der intergouvernementalen Zusammenarbeit.

Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern, wünscht eine Erläuterung zu der Aussage auf Seite 4 des allen PKB-Mitgliedern vorliegenden Initiativpapiers, wonach die Regionen des Alpenraums das größte Wirtschafts- und Produktionszentrum Europas bildeten und zu den Gebieten mit dem größten Entwicklungspotenzial zählten. – Welche empirischen Vergleiche seien dazu angestellt worden? Übertreffe der Alpenraum als Wirt-

schafts- und Produktionszentrum etwa das Rhein-Main-Gebiet, das Rhein-Neckar-Gebiet, das Ruhrgebiet oder die Agglomeration von London?

Laut zusammenfassender Übersicht auf der ersten Seite vor dem Inhaltsverzeichnis des Initiativpapiers der Regionen sei auf der Alpenkonferenz im Schweizerischen Poschiavo am 7. September 2012 ein eigener Beitrag der Vertragsparteien beschlossen worden. Welches Ergebnis sei dort und auf der Folgekonferenz in Innsbruck erzielt worden?

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, bekräftigt, dass die Regionen des Alpenraums das größte Wirtschafts- und Produktionszentrum Europas bildeten. Für Bayern sei dazu eine Bewertung hinsichtlich vergleichbarer Wirtschafts- und Produktionszentren erfolgt. Dabei habe sich ergeben, dass Bayern für viele Regionen hinsichtlich Wirtschaftskraft, Arbeitslosenquote, Kaufkraft usw. Vergleichsmaßstab sei. Allenfalls die italienische Region Lombardei könnte Bayern noch auf Augenhöhe begegnen, vermag jedoch die bayerischen Werte insgesamt nicht zu erreichen. Ein Vergleich mit „Greater London“ und dem Wirtschaftsraum Paris sei nicht erfolgt, weil dies keine Flächenstaaten seien. Das Redaktionsteam habe sich vor der Formulierung dieser Feststellung im Initiativpapier der Regionen sehr wohl Gedanken gemacht.

Auf der Konferenz in Innsbruck hätten die Regierungschefs der Alpenregionen und die Außenminister der Alpenstaaten das gemeinsame Initiativpapier der Regionen an EU-Kommissar Hahn übergeben. Frankreich habe sich angeboten, die Initiative auf der Ebene der Nationalstaaten zu ergreifen und die weitere inhaltliche Vorbereitung voranzutreiben. Die Nationalstaaten hätten sich für eine Europäische Alpenstrategie noch nicht vollständig positioniert. Das Auswärtige Amt Österreichs habe die Initiative jedoch in vollem Umfang unterstützt. Für Italien sei neben der Alpenstrategie die Adriastrategie von großer Bedeutung. Die italienische Regierung habe deshalb noch nicht klar Stellung bezogen. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland warte vor einer Positionierung die Auswertung der Ostsee- und Donaustrategie ab, stehe der Alpenstrategie aber grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

MR Michael Hinterdobler, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, Bayerische Staatskanzlei, berichtet ergänzend von den Beratungen der XII. Alpenkonferenz zum Thema „Europäische Alpenraumstrategie“ vom 7. September 2012 in Poschiavo unter Vorsitz der Schweizerischen Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt und Verkehr, Frau Leuthard.

Die Konferenz befürworte eine Europäische Alpenstrategie und wolle dazu auch einen Beitrag leisten. Frankreich wolle noch im Jahre 2013 eine politische Konferenz zur Gewinnung der noch ausstehenden Unterstützung der anderen Regierungen der Alpenstaaten einberufen. Damit solle auch der Durchbruch zur Beauftragung der Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat erzielt werden.

Die Ostsee- und Donaustrategie seien Projekte der EU-Kommission, während die Alpenstrategie aus der Mitte der Regionen und der Bevölkerung heraus initiiert worden sei. Die Nationalstaaten müssten deshalb erst davon überzeugt werden, dass die Alpenstrategie ein lohnendes Projekt mit zahlreichen Vorteilen für die Bevölkerung vor Ort sei.

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter Bayern, betont nachdrücklich die wirtschaftliche Potenz der Alpenraumregionen. Diese werde sowohl aus dem Inhalt des Initiativpapiers als auch aus der Vielzahl der an der Abfassung beteiligten und keineswegs erschöpfend aufgezählten Regionen deutlich. Der Alpenraum brauche sich deshalb in der Gesamtschau seiner Regionen und deren Wirtschafts- und Produktionskraft vor „Greater London“ und dem Großraum Paris keineswegs zu verstecken. Bescheidenheit sei zwar eine Zier, müsse aber an der Wahrheit ihre Grenzen finden.

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, sagt auf Anregung des Abgeordneten Dr. Wengert zu, allen PKB-Mitgliedern aussagekräftige Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt als Argumentationshilfe und Beleg dafür zu übermitteln, dass die Regionen des Alpenraums das größte Wirtschafts- und Produktionszentrum Europas bildeten.

Matthias Freivogel, Kantonsrat Schaffhausen, Präsident der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, hält die Bezeichnung des Alpenraums als „Herzkammer Europas“ für „ambitionös“. Die Alpenregion sei nämlich im gesamteuropäischen Zusammenhang durch die geografisch hinderliche Wirkung der Alpen u. a. auf Verkehrs- und Energieströme geprägt. Andere Regionen wollten vielleicht auch Herzstück Europas sein. Die Alpenregion dürfe sich deshalb nicht von vornherein für das Herzstück und den Nabel des gesamten europäischen Raumes halten. Die Erlangung dieses Ranges erfordere vielmehr adäquate Anstrengungen.

Der Anteil der Alpen sei zum Beispiel in Deutschland vergleichsweise gering. Könne unter diesen Umständen von der Deutschen Bundesregierung ein „Herzschlagbewusstsein“ für den Alpenraum überhaupt erwartet werden? Dasselbe gelte für die weit von den Alpen entfernte französische Hauptstadt Paris. Die schweizerischen Bergbauern könnten im Schweizer Parlament durchaus erfolgreiche Initiativen starten. Gelte dies aber auch für Initiativen der bayerischen Bergbauern im Deutschen Bundestag? Sei ein entsprechender Draht der Alpenregion in die europäischen Hauptstädte überhaupt vorhanden? Für den 60 km langen Gotthard-Basistunnel seien zum Beispiel Zufahrtsstrecken in der Lombardei und in Süddeutschland von Karlsruhe und München notwendig. Darüber entschieden jedoch die Regierungen in Rom und Berlin. Besäßen die Alpenregionen darauf genügend Einfluss?

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, betont dazu den Vorteil der Alpen als Tourismusregion mit großem Zulauf. Die beträchtlichen Zuzugszahlen Bayerns in den letzten zehn Jahren bewiesen dies. Ebenso zugkräftig seien Österreich, Südtirol und die Schweiz. Zur Erhaltung der Attraktivität der Alpenregion seien die Förderung der Bergbauern sowie Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur unverzichtbar. Andernfalls könnten die Tourismusströme nämlich gar nicht geordnet bewältigt werden. Zur Erhaltung der Biodiversität sei zudem der Umweltschutz fundamental wichtig. Die Alpenregion liege in der Mitte Europas und könne deshalb die Bezeichnung „Herzkammer Europas“ getrost für sich beanspruchen, und zwar als erhaltenswertes Gebiet auch für die Europäische Union.

Bernhard Egg, Kantonsratspräsident Zürich, verweist auf die beim heutigen Tagungsthema einschlägige Motion Maissen, mit der der Bundesrat der Schweiz beauftragt worden sei, zusammen mit den wichtigsten Ver-

tretern der Berggebiete und ländlichen Räume eine kohärente Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume zu entwickeln. Die vorberatenden Kommissionen der beiden Schweizerischen Kammern unterstützten diese Motion. Ein Viertel der Bevölkerung der Schweiz wohne nämlich in Berggebieten oder ländlichen Regionen. Eine wichtige Angelegenheit des Bundes müsse es deshalb sein, die Entwicklung der ländlichen Räume ernst zu nehmen.

In Zürich werde derzeit die sogenannte Durchmesserlinie gebaut, eine gewaltige Vorleistung des Kantons Zürich in der Größenordnung von einer halben Milliarde. Die Verbindung zu St. Gallen und anderen wichtigen Städten werde dadurch zeitlich verkürzt. Zur Erhaltung dieses Zeitvorteils seien aber auch entsprechende Anschlüsse in die Bundesrepublik Deutschland und nach Italien notwendig. Diesbezüglich bestehe erheblicher Nachholbedarf, während die Verbindung nach Paris gewährleistet sei.

Peter Käppler, Kantonsrat Schaffhausen, begrüßt die Abfassung eines Initiativpapiers zur Europäischen Alpenraumstrategie, mit dem diesem Vorhaben auf europäischer Ebene mehr Gewicht verliehen werde. Das Problem bestehe jedoch darin, dass viele Landesregierungen den Anliegen aus dem Bodenseeraum nicht genügend Gehör schenkten. Projekte östlich von Zürich Richtung Bodensee würden deshalb oft auf die lange Bank geschoben. Dies gelte gleichermaßen für Österreich und Deutschland, wo zum Beispiel der Ausbau der Schienenwege nach München oder Stuttgart auf sich warten lasse. Auch bei der Energieverteilung als bereits akutem Problem zähle eine gemeinsame länderübergreifende Strategie. Solche Anliegen müssten nicht nur in Brüssel, sondern auch bei den Landesregierungen Gehör finden.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, sieht in den von seinen Vorrednerinnen und Vorrednern geschilderten gemeinsamen Defiziten ein deutliches Indiz dafür, dass der Alpenraum von den Landesregierungen nur als peripher empfunden werde und die beschriebenen Probleme als nicht akut wahrgenommen würden. Seien im Hinblick darauf gemeinsame Initiativen zur Erzeugung eines erhöhten Problembewusstseins und zur Generierung eines stärkeren Umsetzungswillens der Regierungszentralen sinnvoll oder solle der bestehende Zustand des Zuwartens etwa tatenlos hingenommen werden?

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter Bayern, bezeichnet diese Strategiefrage als nicht neu und plädiert für einen weiteren Anlauf. Für das Dilemma des stagnierenden Ausbaues der Schienenverkehrswege von der Schweiz nach Deutschland sei die Unterfinanzierung des Verkehrswegehaushalts ursächlich. Auf der Herbsttagung der PKB sollte dazu eine Initiative gestartet werden. Die Finanzierung des Gotthard-Basistunnels durch die Schweiz sei diesbezüglich in jeder Hinsicht vorbildlich.

Peter Ritter, Vizepräsident Vorarlberg, verweist auf den insgesamt gesehen relativ guten Ausbau der Bahnstrecke Zürich - München. Der Abschnitt zwischen Lindau und München sei jedoch als vermutlich „letzte Diesellok-Strecke Mitteleuropas“ stark verbesserungswürdig. Zur Behebung dieses Mangels seien massive Investitionen notwendig, damit die eigentliche Trassierung Zürich – München – Wien attraktiv gestaltet werden könne. Bahnstrukturen seien nicht auf fünf, sondern auf 50 und mehr Jahre ausgelegt und erforderten deshalb zwangsläufig entsprechende Mittel. Das sollte auch die Bundesregierung in Berlin akzeptieren, damit die Trasse Zürich – München – Wien zur Hochleistungsstrecke ausgebaut werden könne.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, nennt als Ursache für den Streit um die Finanzierung der Bahnstrecke München – Lindau, dass der Planung bei feststehender Grundfinanzierung plötzlich mehr Güterzüge als ursprünglich berechnet mit der zwangsläufigen Folge eines entsprechend höheren Lärmschutzes zugrunde gelegt worden seien. Ein höherer Lärmschutz erfordere jedoch höhere Kosten, um deren Aufteilung derzeit gestritten werde. Gelte dafür die bisherige Kostenaufteilung oder gingen die Zusatzkosten zulasten eines der Beteiligten? Diese Frage werde gegenwärtig verhandelt. Die Schweiz habe für ihren Zuschuss von 50 Millionen Euro ein Zeitlimit bis 2020 gesetzt. Nach diesem Zeitpunkt verfalle dieser Zuschuss. Daraus resultiere ein heilsamer Druck zur baldigen Einigung, damit der Ausbau der Bahnstrecke möglichst rasch begonnen werden könne.

Walter Freund, Kantonsrat St. Gallen, sieht kaum Vermehrungspotenzial für Wasserkraft in der Alpenregion, zumal Brückenbauten oder die Anlegung von Stauseen sofort die Umweltschützer auf den Plan riefen. Wie also solle die Umweltverträglichkeit mit Wasserkraft umgesetzt werden?

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, verweist dazu auf ihre Erfahrungen als ehemalige Staatsministerin für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, wonach das Ausbaupotenzial bei der Wasserkraft in Bayern noch 15 % betrage. Die erneuerbaren Energien seien aber keineswegs auf die Wasserkraft begrenzt. Weitere Komponenten seien die Wind- und Sonnenenergie, die Biomasse und die dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung. Das Hauptproblem bestehe jedoch im Ausbau der Speicherkapazitäten und Verteilernetze. Ein großes Thema bildeten zudem die großen 380-Kilovolt(kV)-Leitungen.

Im Bereich Wasserkraft wünsche sie sich eine bessere Zusammenarbeit mit der Schweiz. Der Bayerische Ministerpräsident Seehofer habe dies auch auf die Agenda gesetzt, nachdem er die Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit wiederholt mit Frau Leuthard und mit der Schweizer Finanzministerin Widmer-Schlumpf erörtert habe.

Ein Ausbau der Wasserkraft auf den bayerischen Flüssen würde sofort zum Widerstand der Umweltverbände führen. Staustufen müssten gemäß der Wasserrahmenrichtlinie grundsätzlich mit Fischtreppe versehen werden, damit die Fische zu ihren Laichplätzen zurückkehren könnten. Bei manchen Baumaßnahmen an der Isar habe mit Fischtreppe ein Höhenunterschied von 8 m mit entsprechend hohem technischen Aufwand und beträchtlichen Kosten überwunden werden müssen.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, berichtet vom beabsichtigten Bau eines Pumpspeicherkraftwerkes nahe Passau an der Donau am Ausläufer des Bayerischen Waldes. Die Überlegungen hierzu seien bereits sehr weit gediehen. Vor Ort formiere sich gegen das Vorhaben nun aber politischer Widerstand von Gruppen, die zwar abstrakt die Energiewende befürworteten, jedoch nicht in diesem konkreten Falle.

Das gleiche Problem stelle sich bei den Vorüberlegungen für die Anlegung eines Bergsees auf dem Jochberg zwischen Kochelsee und Walchensee zur Speisung eines dort beabsichtigten Pumpspeicherkraftwerks.

Bei Berücksichtigung der mit solchen Vorhaben jeweils verbundenen demokratischen Legitimationsprozesse könnten die zur Wasserkraftnutzung noch verbliebenen 15 % an freier Kapazität vermutlich kaum in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Die Schweiz sei bei der Umsetzung solcher Vorhaben mit Zustimmung der Bevölkerung hierzu offenbar fortschrittlicher als die Bundesrepublik Deutschland. Der Bayerische Ministerpräsident sei bei seinem Besuch in der Schweiz tief beeindruckt von der breiten Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Maßnahmen gewesen.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt lägen nicht vor. Die vorgetragenen Argumente sollten Anlass und Hilfe für die Fortsetzung des Nachdenkprozesses zu diesem Thema sein.

Auf Anregung des Herrn Kantonsratspräsidenten Bernhard Egg, Zürich, in diesem Zusammenhang eine Resolution zur Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau zu verabschieden, verweist 1. Vizepräsident Bocklet auf den Tagesordnungspunkt 7 „Verschiedenes“, in dem dieses Thema ausdrücklich aufgeführt sei. Dort könne dazu dann eine Resolution verabschiedet werden, zu der vorsorglich bereits ein Entwurf erarbeitet worden sei. – Er stellt das Einverständnis der PKB mit dieser Verfahrensweise fest.

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes-und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, verabschiedet sich mit Dank für die offene Diskussion und empfiehlt, die aus der heutigen Sitzung resultierenden Anregungen an die Landes- und Kantonsregierungen zur Einbringung in die Bodenseekonferenz weiterzugeben. Das Bayerische Parlamentsbeteiligungsgesetz verleihe dem Landtag ein imperatives Mandat, mit dem er der Bayerischen Staatsregierung ein bestimmtes Handeln im Bundesrat vorgeben könne, soweit es um die Abgabe originärer Landesrechte nach Brüssel gehe. Sie, Frau Staatsministerin Müller, werde die Alpenstrategie jedenfalls weiter betreiben.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, erläutert das von seiner Vorrednerin angesprochene Bayerische Parlamentsbeteiligungsgesetz und die Verfassungsänderung, die der bayerischen Bevölkerung bei der Landtagswahl am 15. September dieses Jahres zusammen mit anderen Verfassungsänderungen zur Abstimmung per Volksentscheid vorgelegt werde. Diese Verfassungsänderung enthalte ein imperatives Mandat des Bayerischen Landtags gegenüber der Bayerischen Staatsregierung, soweit originäre Landesrechte nach Europa abgegeben werden sollen. Der Landtag könne die Staatsregierung insoweit künftig in ihrem Handeln im Bundesrat binden. Diese juristische Linie sei eine Abkehr von der bisherigen deutschen Staatsrechtslehre, weil damit der Prozess der Übertragung von Landesrechten nach Brüssel beim Landtag als Vertretung des Volkssouveräns und unmittelbar bei der betroffenen Bevölkerung angebunden werde. Dies könne beispielgebend für andere Länder werden.

Auf Anregung von Frau Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Nussbaumer, Vorarlberg, sagt er zu, ihr diesen Gesetzestext zuzuleiten.

Tagesordnungspunkt 5 wird vorgezogen.

4. Kurzbericht über die Aktivitäten des Bodenseerates

Dr. Arthur Loepfe, Altnationalrat, Präsident Bodenseerat, Berichterstatter, beschreibt eingangs den Bodenseerat als freiwillige ideelle Vereinigung von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur ohne jeglichen gesellschaftlichen Rahmen und ohne jegliche finanzielle Beiträge. Auch seine Reise nach München bezahle er, Dr. Loepfe, selbst.

Aus der Politik gehörten dem Bodenseerat auf Schweizer Seite Mitglieder der Exekutive von Gemeinden und Städten sowie vor allem Parlamentarier aller Ebenen – Städte, Gemeinden, Kantone – und auch des Bundes an; davon mindestens ein halbes Dutzend Ständeräte und Nationalräte. Die Mitglieder auf deutscher Seite seien Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte und Parlamentarier aller Ebenen. Die Mitglieder aus Vorarlberg seien durchwegs Landtagsabgeordnete.

Einzigster Zweck des Bodenseerates sei die Förderung der Euregio Bodensee zum Wohle der dortigen Bevölkerung.

Der Bodenseerat halte jährlich zwei bis drei Plenarsitzungen ab. Die Zuarbeit hierfür leisteten die zwischen den Sitzungen tagenden Arbeitsgruppen. Im letzten Jahr (2012) habe sich der Bodenseerat insbesondere mit der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz und in Deutschland befasst. Zur Gewinnung eines objektiven Meinungsbildes seien dazu Fachleute aus der Schweiz und aus Baden-Württemberg eingeladen worden. Auf Schweizer Seite würden verschiedene Standorte für eine Endlagerung hochradioaktiver Abfälle untersucht, unter anderem Benken im Zürcher Weinland, mit den für eine Endlagerung technisch ausgezeichnet geeigneten Schichten von Opalinuston.

Die technische Abklärung sei inzwischen erfolgt, nicht jedoch die Bestimmung des Lagerortes. Ursächlich hierfür seien vor allem politische Gründe. In Baden-Württemberg könnten Standorte aufgrund der geologischen Gegebenheiten als Endlagerstätte nicht ausgeschlossen werden. In Deutschland seien jedoch dem Vernehmen nach Standortuntersuchungen politisch von vornherein unmöglich. Die Ausweisung eines Endlagers sei beiderseits des Rheins generell politisch schwierig. Bis spätestens 2050 müsse jedoch eine Endlagerstätte gefunden werden, und müssten die Bewilligungen vorliegen. Bis dahin erfolge die Lagerung des radioaktiven Abfalls oberirdisch.

Die Euroregion Bodensee als Modellregion für nachhaltige Mobilität sei im Juli 2012 ein weiteres Thema des Bodenseerates gewesen. Den Schwerpunkt der Beratungen hätten dabei umweltschonende Verkehrstechnologien mit dem Ziel nachhaltiger emissionsärmerer Mobilität unter Einsatz von Strom und Wasserstoff – Elektrofahrräder und Elektroautos – gebildet. Gegenstand der Beratungen seien auch die Schiffsantriebe auf Wasserstoffbasis für den Freizeitsport und deren Verwendung in der Bodenseeschifffahrt gewesen. Dies erfordere zwangsläufig ein entsprechend dichtes Tankstellennetz. Angesichts des verstärkten Strombedarfs müsse auch geklärt werden, welche Arten von Strom und Stromgewinnung dafür primär in Betracht kämen.

Im September 2012 habe sich der Bodenseerat in Weinfelden intensiv mit den Stromnetzen in der Euregio Bodensee befasst. Die Netzkapazitäten seien dabei als zu knapp erachtet worden. Zahlreiche kompetente Fachreferenten hätten bestätigt, dass ein zuverlässiges und leistungsfähiges Übertragungsnetz eine Grundvoraussetzung zur Verwirklichung der Energiepolitik u. a. nördlich und südlich des Rheins am Bodensee sei.

Zahlreiche Leitungen führten nämlich durch diese Region und müssten zum Teil ausgebaut werden. Beim Zustand der Netze bestehe erheblicher Nachholbedarf. Zwei von drei Leitungen in der Schweiz seien zum Beispiel mehr als 40 Jahre alt. Die dezentrale Stromerzeugung erfordere zudem erhebliche zusätzliche Netzkapazitäten. Beim Ausfall alternativer Energien müssten unverzüglich traditionelle Kraftwerke – Gas- und Kohlekraftwerke – die Stromerzeugung übernehmen können. Leistungsfähige Stromnetze seien dafür eine Grundvoraussetzung. Die Bewilligungsverfahren bildeten dabei ein Problem. Eine Verkabelung im Boden bedinge nahezu dieselben großen Probleme wie der Bau von Überlandleitungen. Das Kostenverhältnis betrage dabei 1 : 6. Eine hierzu vorliegende Bodenseestudie enthalte wissenswerte Informationen. Der Bodenseerat werde sich mit den Energiefragen und dem Netzausbau weiter befassen.

Ausblick: Im Jahre 2013 werde sich der Bodenseerat mit dem Fluglärm-Staatsvertrag zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland zum Flughafen Zürich-Kloten befassen. Das Problem hierbei liege dem Vernehmen nach nicht in Berlin, Hannover oder Hamburg, sondern in Baden-Württemberg. Vor allem in Südbaden seien erhebliche Emotionen gegen den Fluglärm zu verzeichnen. Der Bodenseerat wolle in diesem Zusammenhang in seiner nächsten Sitzung insbesondere die damit zusammenhängenden technischen und wirtschaftlichen Probleme behandeln. Personen aus der betroffenen Bevölkerung sollen dabei einbezogen werden.

Weitere künftige Themen des Bodenseerates seien der Wissenstransfer im Verhältnis Wirtschaft, Wissenschaft und Hochschulen zum Nutzen der technologisch hochqualifizierten Industrie und Wirtschaft im Bodenseeraum. Ferner das Konziljubiläum „600 Jahre Konzil Konstanz“. Die Arbeitsgruppe Kultur des Bodenseerates werde sich diesem Thema widmen. Das Ziel einer engeren Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Internationalen Bodenseekonferenz sei ein weiterer Schwerpunkt der künftigen Arbeit des Bodenseerates. Alle, die zum Erfolg der Bodenseeregion beitragen, seien im Bodenseerat willkommen.

Matthias Freivogel, Kantonsrat Schaffhausen, Präsident der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, bezeichnet die Eignung von Opalinuston für die Endlagerung von Atommüll als technisch noch nicht abschließend geklärt. Ebenso wenig die Frage der Rückholbarkeit des in der Schweiz gelagerten radioaktiven Abfalls.

Dr. Arthur Loepfe, Altnationalrat, Präsident Bodenseerat, Berichterstatter, betont die Absicht des Bodenseerates, sich mit diesen technischen Fragen auch künftig zu befassen.

Wolfgang Reuther, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg, sieht in der Suche nach einem atomaren Endlager nicht nur ein politisches, sondern vor allem ein technisches Problem. Dies gelte insbesondere für Baden-Württemberg. Die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe habe in ihrer Studie 2007 die Zone um Tegau in Baden-Württemberg trotz des dortigen Opalinustonvorkommens als Wirtsgestein für ein Endlager aus rein technischen Gründen eindeutig ausgeschlossen. Dieser Bereich liege nämlich im Erdbebengebiet der Größe I und sei zudem von Eruptionsröhren durchzogen.

Felix Bischofberger, Kantonsratspräsident St. Gallen, möchte angesichts der Vielzahl von Organisationen und Gruppen, die die Interessen des Bodenseeraumes vertreten und sich vielleicht auch einmal in der PKB äu-

Bern wollten, Auskunft über die Legitimation des Bodenseerates. Wie würden dessen Voten in die politischen Entscheidungsgremien eingeführt? –

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, vermerkt dazu, dass er dem Wunsch einer Vorstellung des Bodenseerates in der PKB stattgegeben habe. Die Präsentation guter Ideen sei für die PKB schließlich immer nützlich. Diese könne dann bewerten, ob sie solche Vorschläge und Ideen übernimmt oder nicht. Für Vorschläge zur Vorstellung weiterer einschlägiger Organisationen und Gruppen in der PKB sei er aufgeschlossen.

Dr. Arthur Loepfe, Altnationalrat, Präsident Bodenseerat, Berichterstatter, beschreibt den Bodenseerat als ideelle Vereinigung, die sich aus Politikern aller größeren politischen Parteien der Bodenseeanrainerstaaten und -kantone zusammensetze und nicht einmal Vereinsstatus besitze. Die Stärke des Bodenseerates sei seine Vernetzung mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung, die die Entscheidungen und Vorschläge des Bodenseerates in ihre politischen Gremien mitnehmen; zudem erfolge die Weiterleitung in die IBK.

Tagesordnungspunkt 6 wird vorgezogen.

5. **Kurzbericht über die Aktivitäten des Internationalen Städtebunds Bodensee**

(Redaktionelle Anmerkung: Der Kurzbericht wird durch die in der Anlage wiedergegebene Bildschirmpräsentation ergänzt, auf die sich die jeweils angegebenen Seitenzahlen beziehen.)

Josef Büchelmeier Geschäftsführer des Internationalen Städtebundes Bodensee, Berichterstatter, verweist einleitend auf seine Mitgliedschaft auch im Bodenseerat und auf seine achtjährige Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen. In dieser Zeit habe er sich maßgeblich für die Gründung des Internationalen Städtebundes Bodensee – ISB – eingesetzt, die schließlich 2009 erfolgt sei. Der Städtebund unterhalte auch Kontakte zum Bodenseerat.

Im Jahre 2012 sei das 700-jährige Bestehen von Städtebünden am Bodensee gefeiert worden (siehe Seiten 2 und 3). Gründerstädte seien neben Zürich St. Gallen, Konstanz und Schaffhausen gewesen. In der Folge habe sich der Städtebund von 1312 bis nach Rothenburg ob der Tauber ausgeweitet. Dieser Städtebund am Ende des Hochmittelalters habe sich politisch-historisch im Konflikt mit den Landesfürsten befunden.

Anlass für die Gründung des bestehenden Internationalen Städtebundes Bodensee im Jahre 2009 sei die Planung einer Internationalen Gartenausstellung – IGA – im Bodenseeraum gewesen. Daran hätten sich zahlreiche Bürgermeister und weitere kommunale Vertreter beteiligt. Das IGA-Vorhaben sei jedoch im weiteren Verlauf nicht zuletzt an finanziellen Mehrforderungen des Gartenbauverbandes gescheitert.

Der Internationale Städtebund Bodensee habe sich zwar eine Satzung gegeben. Von einer Vereinsgründung habe er jedoch als grenzüberschreitendes Gremium wegen der komplizierten vereinsrechtlichen Bestimmungen in den

verschiedenen Landesgesetzen abgesehen. Die Legitimation des Städtebundes resultiere daraus, dass seine Mitglieder als von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte kommunale Mandatsträger legitimierte Vertreter ihrer jeweiligen Kommune seien. Die Berichte des Städtebundes würden den vertretenen Kommunen (siehe Seiten 4 mit 6) zugeleitet. Bei der Gründung am 25. März 2009 sei auch die auf Seite 7 wiedergegebene Präambel verabschiedet worden. Inzwischen seien erste Kontakte für eine Erweiterung des Städtebundes mit Vaduz in Liechtenstein aufgenommen worden. Dies sei sachgerecht, weil zahlreiche gemeinsame Themen der Kommunen über die Länder- und Kantonsgrenzen hinweg bisher nicht abgestimmt werden. Der Internationale Städtebund Bodensee wolle dies verbessern.

Die zentralen Ziele des ISB (Seite 8) und die auf Seite 9 beschriebenen Leistungen der Kommunen werden inhaltlich wiedergegeben. Der ISB verstehe sich insbesondere auch als Interessenvertretung der Kommunen gegenüber der IBK und würde deshalb den Erfahrungsaustausch mit Parlamentariergruppen zu verschiedenen Themen sehr begrüßen.

Zur Organisation des ISB gehöre eine neunköpfige Lenkungsgruppe mit drei Vorsitzenden im Wechsel (siehe Seiten 10 und 11), in die jedes der drei beteiligten Länder Österreich, Schweiz und Deutschland ungeachtet der Einwohnerzahl der beteiligten Bundesländer und Kantone drei kommunale Vertreter entsende. Diese würden jeweils von der Versammlung der ISB für drei Jahre gewählt.

Die Bodenseeregion (siehe Seite 13) besitze eine Wirtschaftsstärke, der der ISB mit seinen Aktivitäten (siehe Seite 14) Rechnung trage. Besonders hervorzuheben sei dabei der erste Erfahrungsaustausch der Stadtwerke aller Bodensee-Anrainer im Januar 2013 zu den Themen der Versorgungsnetze, Energiespeicherung, Elektromobilität und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf diesen Gebieten. Im Mai/Juni 2013 werde der ISB die Geothermiebohrung in St. Gallen besichtigen.

Das von St. Gallen entworfene und organisierte bilaterale Projekt zum Thema „Sucht/Gewalt/Littering“, das nicht nur auf Verboten, sondern auf der Motivation Jugendlicher basiere, Selbstverantwortung in der Kommune zu übernehmen, sei von Bregenz adaptiert worden und solle auf andere Städte ausgeweitet werden.

Die Anliegen des ISB auf Seite 15 werden inhaltlich wiedergegeben.

Felix Bischofberger, Kantonsratspräsident St. Gallen, möchte wissen, wie viele der dem ISB angehörenden Städte noch ein eigenes Parlament besäßen und damit demokratisch legitimiert seien.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, verweist dazu auf die im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz der deutschen Bundesländer erlassenen demokratischen Kommunalverfassungen. Alle dem ISB angehörenden deutschen Städte besäßen demnach selbstverständlich gewählte Vertretungen in Gestalt von Bürgermeister und Stadtrat.

Josef Büchelmeier, Geschäftsführer des Internationalen Städtebundes Bodensee, Berichterstatter, ergänzt, dass St. Gallen im Unterschied zu Romanshorn und Rorschach ein Gemeindeparlament besitze.

Dr. Arthur Loepfe, Altnationalrat, Präsident Bodenseerat, Berichterstatter, betont bezüglich der demokratischen Legitimation des Bodenseerates die Tatsache, dass weit über die Hälfte seiner Mitglieder demokratisch gewählte Politiker seien. Der Unterschied zwischen der demokratischen Legitimation des ISB und des Bodenseerates sei deshalb nicht erheblich.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, begrüßt zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes nachdrücklich die zahlreichen Aktivitäten im grenzüberschreitenden Bodenseeraum.

Tagesordnungspunkt 4 wird nachgezogen.

6. Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK

MR Michael Hinterdobler, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, Bayerische Staatskanzlei, gibt einen Überblick über die aktuellen Schwerpunkte des laufenden Vorsitzjahres 2013. Bayern habe 2013 in der Person der aus dem schwäbischen Raum stammenden Staatsministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Beate Merk, den Vorsitz der IBK von Appenzell Außerrhoden übernommen. Für Bayern biete die Bodenseekonferenz nicht nur die Gelegenheit zur Einbringung besonderer Anliegen aus dem Bodenseeraum; die IBK sei vielmehr die einzige institutionelle Brücke auf Regierungsebene von Bayern in die Schweiz als wichtiger Partner zur Vertiefung der Kontakte auf allen Ebenen.

Die Themenliste der IBK sei bekanntermaßen breit und leite sich aus dem Hauptbestreben ab, die Anliegen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu bündeln. Zur Struktur der IBK gehörten nicht nur ein Ständiger Ausschuss auf Beamtenebene und eine Regierungschefkonferenz, sondern eine Reihe von Fachkommissionen für Gesundheit und Soziales, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Nähere Informationen hierzu und über die laufenden Aktivitäten seien über den Bodenseeeinformationsdienst der Geschäftsstelle der IBK in Konstanz zu erhalten.

Die Regierungschefs wollten sich im Jahre 2013 insgesamt dreimal treffen: Am 26. April zu einem kleinen Kammingespräch, am 5. Juli zum sogenannten Strategiegelgespräch und am 6. Dezember zur Regierungschefkonferenz.

Bayern wolle in diesem Jahr den Schwerpunkt auf zwei Themen setzen:

Erstens. Die Zusammenarbeit bei Energie und Klimaschutz. Das Energieinstitut Vorarlberg wolle gemeinsam mit allen anderen Bodenseeanrainern ausloten, wo genau die Notwendigkeiten und vor allem Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Kantone und Länder rund um den Bodensee bei der Bewältigung der Energiewende bestünden. Aktuell fänden dazu in Dornbirn Workshops mit Fachleuten u. a. zu den Themen Energiebilanz von Gebäuden, Stromnetze und Lastenmanagement, Austausch von Geodaten, wie den Energieatlas, Elektromobilitätsprojekte, kommunale Förderprogramme im Energiebereich und ökologische Baustoffdatenbanken usw. statt. Die Ergebnisse hierzu sollen in einen großen Internationalen Klimaschutzkongress einfließen, den das bayerische Umweltministerium am 17./18. Oktober 2013 in München veranstalten wolle. Die IBK solle dort den Rahmen neben zwei größeren Initiativen bilden, in denen Bayern engagiert sei, nämlich zum einen im Netzwerk der Umweltminister der Regionen in Europa und zum anderen in den Aktivitäten der Climate Group, einem weltweiten Netzwerk von Regionen, die sich speziell mit Klimaschutzfragen beschäftigten.

Der zweite Themenschwerpunkt sei gesellschaftlich-sozialer Natur und beziehe sich auf die Jugendkooperation als Ergebnis der jahrelangen Bemühungen der Bodensee-Agenda 21 und der Nachhaltigkeitsdiskussion zum Bodensee. Bereits am 19. Januar 2013 seien in Konstanz Vorschläge von Jugendlichen aus dem Bodenseeraum prämiert worden, die auf eine Verbesserung der Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche abzielten. Wettbewerbssieger sei eine Alternative von der Berufsmaturitätsschule in Zürich mit einem Projekt für ein sogenanntes „Nachteulennetz“ gewesen, mit dem ein öffentliches Verkehrsnetz an den Wochenenden in der Nacht gewährleistet werde, damit junge Leute sicher ausgehen könnten. Dies als Beispiel für eine Reihe sehr guter Projekte aus der Region. Der Jugenddialog solle am 5. Juli im Zusammenhang mit dem Strategiegespräch in Bad Schachen fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang solle dort auch ein kleiner Jugendgipfel mit etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfinden.

7. Verschiedenes:

a) Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, erinnert eingangs an die im Rahmen des 1. Tagesordnungspunktes geäußerte Anregung des Herrn Kantonsratspräsidenten Bernhard Egg, Zürich, zur Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau eine Resolution zu verabschieden. Im Hinblick auf die dringende Verbesserungsbedürftigkeit dieses Streckenabschnitts habe er, 1. VP Bocklet, hierzu einen Formulierungsvorschlag erarbeiten lassen, der nunmehr zur Diskussion stehe (s. u. Beschluss).

Matthias Freivogel, Kantonsrat Schaffhausen, Präsident der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gibt zu überlegen, die Resolution nicht nur auf die Elektrifizierung des Streckenabschnitts München – Lindau, sondern auf alle zu dieser Bahnstrecke hinführenden Schienenwege des Bodenseeraums auszuweiten. Die Gäubahn bedürfe nämlich zum Beispiel ebenfalls des Ausbaues. Gleiches gelte für die Bodenseespange, sog. Schlüsselbahn, die auf der südlichen Bodenseeseite beginne und auf der nördlichen Seite in Basel ende. Von beiden Strecken sei auch Baden-Württemberg berührt.

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter Bayern, bezeichnet die Anregung von Herrn Kantonsrat Freivogel als sehr berechtigt. Die heutige Resolution sollte dennoch auf die Bahnstrecke München – Lindau beschränkt bleiben. Konkreter Anlass hierfür sei nämlich die plötzlich aufgetretene Finanzierungslücke bei einem eigentlich schon abgeschlossenen Vertrag. Weitere Verzögerungen müssten deshalb verhindert werden.

Die PKB sollte sich aber in ihrer Herbsttagung auch mit allen anderen bereits angesprochenen Verkehrsfragen befassen. Die Probleme seien nämlich keineswegs nur auf die Bahnstrecke München – Lindau beschränkt. Die Aufnahme weiterer Strecken in die heutige Formulierung würde aber die „Durchschlagskraft“ der Resolution vielleicht schwächen.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, sieht die deutsche Seite als eigentlichen Adressaten der Resolution. Dort sei nämlich aufgrund einer erhöhten Annahme von Güterverkehr die Finanzierungs-

problematik und damit die Ursache für die Verzögerung entstanden. Dies sollte deshalb auch gesondert mit einer Resolution angesprochen werden.

Für die Herbstsitzung der PKB sei die gesamte Verkehrsproblematik im Bodenseeraum als Schwerpunktthema geplant. Dazu solle auch eine entsprechende Vorlage formuliert werden.

Ernst Blum, Abgeordneter Vorarlberg, betont ebenfalls den auf vielen Bahnstrecken im Bodenseeraum bestehenden Ausbaubedarf. So zum Beispiel auch auf der Bahnstrecke St. Margrethen – Lustenau – Bregenz – Lindau, wo nächste Woche eine neue Eisenbahnbrücke ihrer Bestimmung übergeben werde, die aber leider nur eingleisig ausgebaut worden sei und sich deshalb auf der Bahnstrecke Zürich – St. Gallen – München für viele Jahre als Nadelöhr auswirken werde.

Regionalzüge könnten derzeit nicht grenzüberschreitend weiterfahren, weil erst die Lokomotiven umgehängt werden müssten. Ein rechtliches Problem bestehe offenbar wegen der Werbeaufschriften auf den Zügen. Durch solche Schwierigkeiten werde der regionale Zugverkehr im Bodenseeraum stark behindert.

Ein weiteres Thema für die Herbsttagung der PKB sollte der geplante Ausbau der „Bodensee-S-Bahn“ rund um den Bodensee für einen Halbstundentakt sein.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, stellt das Einverständnis der PKB damit fest, dass die auf der heutigen Sitzung zu fassende Resolution nur die Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau zum Gegenstand hat und alle weiteren Fragen des Schienenverkehrs im Bodenseeraum auf der Herbsttagung der PKB erörtert werden.

Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern, empfiehlt zur Konkretisierung des Adressatenkreises die Einfügung der Worte „der Bodensee-Anrainer“ in der ersten Zeile nach den Worten „Die Parlamentarier“.

Im zweiten Absatz des Resolutionstextes sollten zur Vermeidung von Missverständnissen die Vertragsparteien „Bundesrepublik Deutschland, Freistaat Bayern und Deutsche Bahn AG“ ausdrücklich genannt werden, weil nur sie Parteien des Finanzierungsvertrages seien. Die Schweiz steuere ohnehin 50 Millionen Euro bei und brauche deshalb nicht dazu aufgefordert zu werden, schnellstmöglich eine Lösung zur Schließung der Finanzierungslücke zu finden.

Die Resolution sollte zudem von der „Inbetriebnahme“ und nicht nur von der „Fertigstellung“ der Strecke sprechen. Fertigstellung bedeute nämlich noch nicht, dass darauf auch schon Züge verkehren könnten. Auch die Staatsregierung spreche in ihrer Antwort auf seine, Dr. Wengerts, Schriftliche Anfrage von „Inbetriebnahme“.

Nach Auffassung der Bundesregierung seien die Mehrkosten nach § 8 Absatz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes von den Ländern aus den Mitteln zu tragen, die ihnen der Bund zur Realisierung von Schienenverkehrswegeprojekten zur Verfügung stellt. Die jährliche Quote für Bayern hieraus betrage allerdings nur 24 Millionen Euro. Daraus könnten die fehlenden 100 Millionen Euro nicht ohne Weiteres finanziert werden. Laut Auskunft der Staatsregierung müsse nach einer Klausel über die Mehrkostenverteilung neu verhandelt werden, wenn ein Land die Mehrkosten aus der Quote nicht bestreiten könne. Mit der vorliegenden Resolution sollen diese Verhandlungen beschleunigt werden.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, stellt das Einverständnis der Parlamentarier-Konferenz Bodensee mit folgender Resolution fest.

Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Lindau

Die Parlamentarier der Bodensee-Anrainer haben bereits im Jahr 2005 in einer Resolution ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Ertüchtigung der Bahnstrecke München – Lindau als süddeutsche Zulaufstrecke zum Bodenseeraum und zur NEAT weiter auf sich warten lässt, obwohl der Bedarf unabweisbar ist.

Angesichts der aktuellen Verzögerung durch die Kostensteigerung in Höhe von knapp 50 % gegenüber dem Stand von 2009 werden die Vertragsparteien (Bundesrepublik Deutschland, Freistaat Bayern, Deutsche Bahn AG) aufgefordert, schnellstmöglich eine Lösung zur Schließung der Finanzierungslücke zu finden und sicherzustellen, dass die Strecke bis spätestens 2020 in Betrieb genommen werden kann.

7. Verschiedenes:

b) Dramatischer Fangrückgang beim Bodenseefelchen

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, vermerkt einleitend, dass sein Kollege Eberhard Rotter dieses Thema angemeldet habe.

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter Bayern, bezeichnet den dramatischen Fangrückgang beim Bodenseefelchen, den Brottfisch des Bodensees, als dramatisch. Von dieser bedenklichen Entwicklung seien nicht etwa nur die 120 Berufsfischer am Bodensee betroffen. Zu dieser Region zählten nämlich neben den landschaftlichen Schönheiten, auch die kulinarischen Genüsse. Der Bodenseefelchen sei dabei von elementarer Bedeutung. Vor allem in den beiden letzten Jahren 2011 und 2012 sei ein dramatischer Fangrückgang verzeichnet worden. Die Größe der gefangenen Felchen sei zudem im Vergleich zu früher deutlich geringer.

Die Ursachen für diese Entwicklung beschäftigten nicht nur das Seenforschungsinstitut Langenargen, sondern auch die Fischereiverbände. Die Wasserqualität des Bodensees als großem Trinkwasserreservoir sei in den vergangenen Jahrzehnten erfreulicherweise stark verbessert worden. Als Folge davon sei der für gesundes Trinkwasser geforderte Phosphatgehalt extrem unterschritten worden. Dies gelte als eine der möglichen Ursachen, weil Phosphat unverzichtbare Voraussetzung für das Wachstum von Algen und Plankton und damit für die Nahrung der Fische sei.

Ernst Blum, Abgeordneter Vorarlberg, bezeichnet das Anliegen im Interesse des gesamten Bodenseeraumes als berechtigt. Die Phosphatierung sei Voraussetzung für das Algenwachstum und damit für die Eutrophierung, das Nahrungsangebot für die Fische. Die Phosphatierung im Wasser betrage aktuell 5,98 mg/m³ und entspreche damit dem Phosphatierungsgrad der 50er-Jahre. Der Gesamtfischertrag im Zeitraum 2011 bis 2012 am Bodensee habe 450 Tonnen betragen. Im Jahre 2010 seien es noch bis zu 800 Tonnen gewesen. Der Gesamtertrag in den 70er-Jahren zur Hochblüte des Phosphateintrags habe 1.200 bis 1.900 Tonnen betragen. Der Gewässerzustand sei damals jedoch sehr kritisch gewesen und ein Umkippen des Sees befürchtet worden.

Beim Phosphateintrag sei jeweils nicht der gesamte Inhalt für die Algenbildung ursächlich. Der Großteil lege sich vielmehr in den Sedimenten ab und führe in deren Dichte irgendwann zur Sauerstoffarmut des Wassers. Wissenschaftlich könne jedoch nicht prognostiziert werden, wann ein Gewässer in solchen Fällen zu kippen beginne. Niemand wolle den Bodensee als Trinkwasserspeicher für fünfeinhalb Millionen Bewohnerinnen und Bewohner im Einzugsbereich gefährden. In die Abwasserreinigungsanlagen seien in den letzten Jahren beträchtliche Summen investiert worden. Durch Waschmittel sei deshalb weniger Phosphat in den See gelangt.

Der Neue Rhein sei der größte Wasserlieferant für den Bodensee. In diesem Bereich sollen mit dem Projekt RHESI – Rhein, Erholung, Sicherheit – natürliche Flusslebensräume geschaffen werden. Durch Laubeintrag sollen dabei natürliche Nährstoffe in den Bodensee als Nahrungsmittel für die Fische verbracht werden. Der dramatische Fangrückgang beim Bodenseefelchen dürfe nicht etwa isoliert dem Phosphatmangel im Wasser zugeschrieben werden.

Rund um den Bodensee befänden sich 130 Fischereipatentnehmer. Die Sachverständigen der IBKF strebten zur Sicherung des Gesamtfischertrages von 400 Tonnen als akzeptable Existenzgrundlage für die Bodenseefischer langfristig eine Verringerung auf etwa 80 Fischereipatente an. Problematisch für diese Bemühungen seien die sogenannten Alterspatente, wenn sich pensionsreife Fischer beim Eintritt in den Ruhestand um ein Alterspatent bemühten und ein jüngerer Fischer dann mit diesem halben Patent und mit seinem Hochseepatent die Fischerei fortführe. Aus ursprünglich einem Patent würden dadurch nämlich eineinhalb Patente. Die Bemühungen um eine Verringerung der Zahl der Patente würden dadurch unterlaufen.

Weitere Ansatzpunkte, den dramatischen Fangrückgang aufzuhalten, seien das Netzmanagement und der Besatz durch Fremdeintrag oder das Anzüchten von Fischlaich zu selbstständig fressfähigen Fischen. Durch Fremdbesatz hätten sich Parasiten im See angesiedelt. Im Jahr 2012 sei zum Beispiel ein neuer Parasit festgestellt worden, mit dem bereits 80 % der Barsche infiziert seien. Zu den Parasiten zähle u. a. der Hechtbandwurm.

Im Rahmen des Netzmanagements legten die Sachverständigen variable Netzweiten fest, damit die Fische in ihrem Lebenszyklus mindestens zweimal ablaichen könnten. Die natürliche Fortpflanzung der Fische sei damit gewährleistet.

Die Sachverständigen der IBKF bemühten sich also nachdrücklich, den dramatischen Fangrückgang beim Bodenseefelchen aufzuhalten. Insgesamt gesehen sei dabei jedoch der einheitliche Umgang mit den Berechtigungen und Alterspatenten von Bedeutung.

Martin Hahn, Landtagsabgeordneter Baden-Württemberg, verweist auf das Vorhaben der badenwürttembergischen Landesregierung, eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema am nördlichen Bodenseeufer durchzuführen. Die Bemühungen der Bodensee-Anrainer zur Wiederherstellung einwandfreier Trinkwasserqualität des Bodensees seien begrüßenswert. Die seinerzeitige Phosphatierung sei vor allem durch landwirtschaftliche Einträge als Folge falscher Agrarberatung geprägt gewesen. Die Bedeutung der Phosphatierung durch Hormone und Medikamente müsse aber auch künftig beobachtet werden.

Bernhard Müller, Kantonsrat Schaffhausen, betont die hohen Anforderungen an die Ausrüstung und Aufrüstung von Kläranlagen u. a. mit Mikrofiltern zur Verhinderung des Eintrags von Antibiotika. Die Kosten der Kommunen für die Aufrüstung der Kläranlagen mit solchen Filtrationsgeräten seien enorm. Sei solche Technologie mit Mikrofiltern angesichts der Tatsache, dass der für einwandfreies Trinkwasser geforderte Phosphatgehalt am Bodensee ohnehin schon weit unterschritten werde, überhaupt noch notwendig?

Felix Bischofberger, Kantonsratspräsident St. Gallen, verweist auf die im Kanton St. Gallen bestehenden 15 Berufsfischereipatente. Davon seien acht für den Bereich des Alten Rheins auf drei Familien aufgeteilt. Die Patente seien nicht übertragbar. Dies führe dazu, dass zum Beispiel ein 80-jähriger gebrechlicher Patentinhaber täglich mit auf den See genommen werden müsse, damit das Netz überhaupt ausgelegt werden könne.

Die Anzahl der Berufsfischereipatente rund um den See sollte deshalb auch im Interesse der Reinhaltung des Trinkwasserspeichers Bodensee einmal mit dem Ziel ihrer Verringerung thematisiert werden. In der Umsetzung bedeutete dies allerdings einen Eingriff in den Berufsstand der Bodenseefischer, die dies ablehnten. Auflagen zur Reinhaltung des Bodenseewassers dürften nicht einseitig zulasten der Berufsfischer gehen. Im Kanton St. Gallen befinde sich im Alten Rhein die regionale Abwasserreinigungsanlage. Der Kanton habe in der Schlussabstimmung der letzten Session vor 14 Tagen dem mit 12,6 Millionen veranschlagten Neubau eines kantonalen Fischereizentrums in Steinach mit Blick auf die bestehende Fischzuchtanlage am Walensee eine Absage erteilt. Die Bodensee-Anrainer dürften bei ihren Bemühungen nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte des Berufsstandes der Bodenseefischer im Auge haben, sondern müssten sich auch für den Bodensee als Trinkwasserspeicher einsetzen.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, empfiehlt eine Anregung der PKB an die Regierungskonferenz Bodensee, dem dramatischen Fangrückgang beim Bodenseefelchen als komplexen Sachverhalt mit allen angesprochenen Aspekten zu untersuchen, damit sachgerechte einheitliche Lösungen zum Beispiel hinsichtlich der Fischereipatente einschließlich der Altpatente, der Einträge aus Kläranlagen und des Algenwachstums durch Phosphatierung usw. erzielt werden.

Der Schadstoffeintrag in den oberbayerischen Tegernsee sei wegen der dortigen Ringkanalisation inzwischen derart minimal, dass die Fischer ebenfalls einen dramatischen Rückgang des Fischbestandes beklagten.

Er stellt das Einverständnis der PKB mit der Übermittlung seiner o. a. Anregung zum dramatischen Fangrückgang beim Bodenseefelchen über die Bayerische Staatskanzlei an die Regierungskonferenz fest.

7. Verschiedenes:

c) Einheitliche Funkfrequenzen für die Schifffahrt auf dem Bodensee

Dr. Gabriele Nussbaumer, Landtagspräsidentin Vorarlberg, EU-Ausschussvorsitzende, berichtet von einer EntschlieÙung des Landtags Vorarlberg zu den Sicherheits- und Funkgeräten in der Schifffahrt auf dem Bodensee. Durch die Zunahme der Zahl der Freizeitkapitäne einerseits und den starken Schiffsverkehr der Schifffahrtsunternehmen andererseits sei das Bedürfnis nach einheitlichen Funkfrequenzen gestiegen. Derzeit bestünden

unterschiedliche Funkfrequenzen, weil einige Schweizer Kantone dem Vernehmen nach gewisse Frequenzen nicht freigeben, die für den Aufbau eines einheitlichen Funkwesens notwendig wären.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, stellt das Einverständnis der PKB damit fest, dieses Thema in der Herbstsitzung zu behandeln und entsprechend vorzubereiten.

7. Verschiedenes:

d) Behindertentarife auf den Bodenseeschiffen

Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern, möchte Auskunft, ob bei den Bemühungen zur Einführung einheitlicher Behindertentarife auf dem Bodensee inzwischen Fortschritte erzielt worden seien.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, schlägt folgenden Beschluss vor:

„Das in Verhandlungen zwischen der IBK-Kommission Verkehr und der VSU (Vereinigung der Schifffahrtsunternehmen für den Bodensee und den Rhein) erzielte Ergebnis, Begleitpersonen anerkannter Behinderter auf allen Schiffen und Linien kostenlos zu befördern, wird begrüßt. Die für den Überlinger See geltende Regelung sollte auf den gesamten See ausgeweitet werden.“

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter Bayern, verweist auf Informationen, wonach seit 30.06.2012 die Begleitpersonen Behinderter auf dem gesamten See kostenfrei befördert würden, nicht jedoch die Behinderten selbst. Diese Regelung gelte auch für den Bahnverkehr. Darüber hinaus würden auf dem Überlinger See auch die behinderten Personen kostenfrei befördert.

Das Hauptanliegen der PKB, die Übernahme der im öffentlichen Personennahverkehr geltenden Regelung für den gesamten Bodensee, sei damit erfüllt. Darüber hinaus könnte nun auch noch die Übernahme der für den Überlinger See geltenden Regelung auf den gesamten Bodensee angeregt werden, d. h. kostenfreie Beförderung sowohl der behinderten Personen als auch ihrer Begleitpersonen.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, bestätigt, dass seit dem 30.06.2012 eine neue Regelung für Behinderte auf dem Bodensee bestehe und stellt die einstimmige Zustimmung der PKB zu folgendem Beschluss fest:

Die PKB nimmt die neue Regelung für Behinderte, gültig ab 30.06.2012, zur Kenntnis, wonach für behinderte Personen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz im Kurs- und Fähreverkehr der VSU (Vereinigte Schifffahrtsunternehmen für den Bodensee und den Rhein) die Begleitperson auf dem gesamten See frei fährt, wenn auf dem Schwerbehindertenausweis ein „B“ für Begleitperson ausgewiesen ist.

Die für den Überlinger See geltende Regelung soll auf den gesamten Bodensee wie folgt ausgeweitet werden:

- 1.) Die behinderte Person fährt frei, wenn sie einen Deutschen Schwerbehindertenausweis inkl. gültiger Wertmarke für den Nahverkehr hat.*
- 2.) Sowohl die behinderte Person als auch die Begleitperson fahren frei, wenn die behinderte Person einen Deutschen Schwerbehindertenausweis inkl. gültiger Wertmarke für den Nahverkehr und den Nachweis der Notwendigkeit einer Begleitperson hat.*

Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter Bayern, bittet um Behandlung des Themas „Seebestattungen“ auf der Herbsttagung der PKB. Bei den Bodensee-Anrainern werde dieses Thema offenbar unterschiedlich gewichtet.

Reinhold Bocklet, 1. Vizepräsident Bayerischer Landtag, sagt die Behandlung dieses Themas in der Herbsttagung zu und stellt fest, dass keine Wünsche hinsichtlich einer Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte unter „Verschiedenes“ vorlägen.

- Schluss der Sitzung -

Für das Protokoll

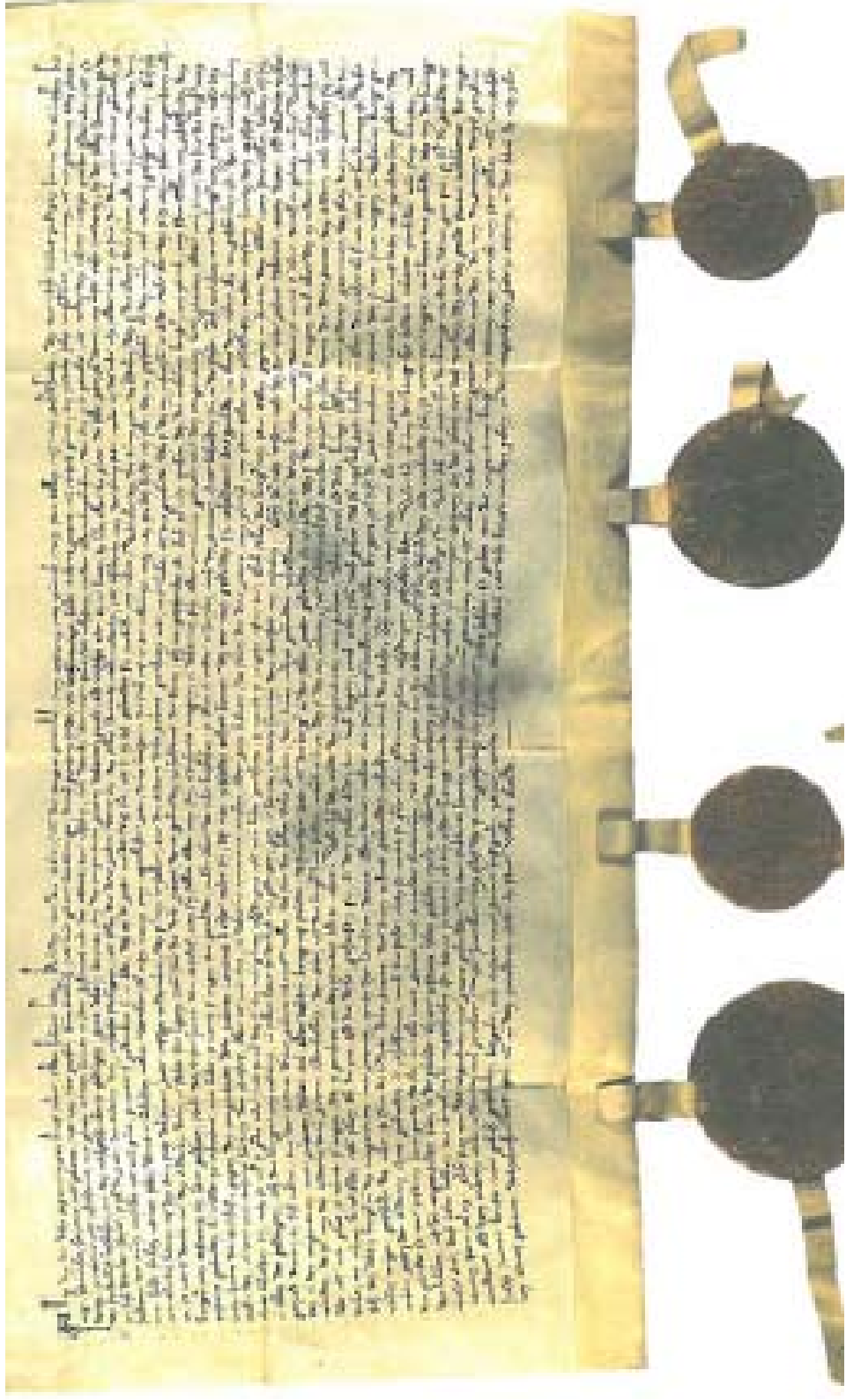
Gerald Petrzik
Landtagsamt Bayerischer Landtag



Internationaler Städtebund Bodensee

Kurzbericht 15. März 2013
Internationale Parlamentarierkonferenz Bodensee

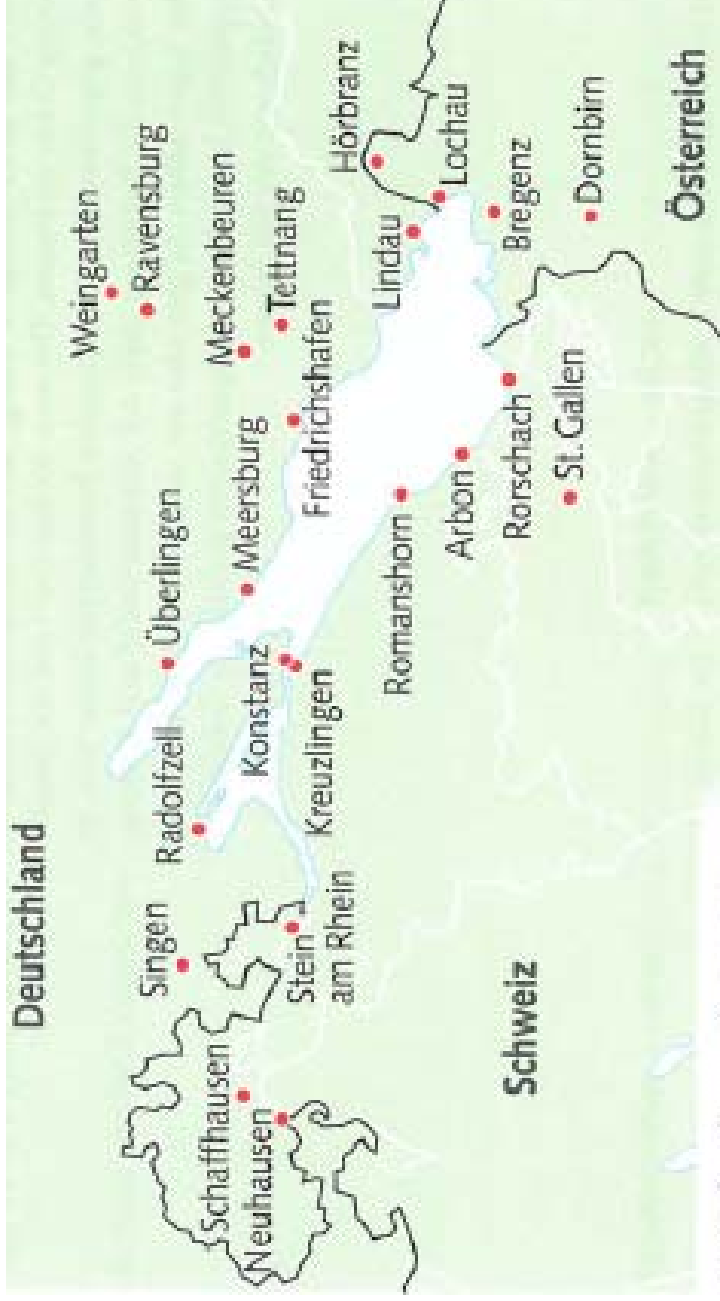
Am 24. Mai 1312 wurde ein Städtebund am Bodensee gegründet. Gründerstädte waren Zürich, St. Gallen, Konstanz, Schaffhausen


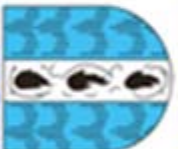


Städtebund von 1312



Mitglieder im Internationalen Städtebund Bodensee



Arbon 	Bischofszell 	Bregenz 	Dornbirn 	Friedrichshafen 
Hörbranz 	Konstanz 	Kreuzlingen 	Lindau 	Lochau 
Meckenbeuren 	Meersburg 	Neuhausen/ Rheinfall 	Pfullendorf 	Radolfzell 
Ravensburg 	Romanshorn 	Rorschach 	Schaffhausen 	Singen 
St. Gallen 	Stein am Rhein 	Tettngang 	Überlingen 	Weingarten 

Mitgliedsstädte 2013

- **Bregenz, Dornbirn, Lochau, Hörbranz**
- **St. Gallen, Arbon, Rorschach, Romanshorn, Bischofszell, Kreuzlingen, Schaffhausen, Stein am Rhein, Neuhausen**
- **Konstanz, Friedrichshafen, Lindau, Überlingen, Pfullendorf, Meersburg, Meckenbeuren, Radolfzell, Singen, Weingarten, Ravensburg, Tettnang**

Internationaler Städtebund Bodensee

- Gründung 25. März 2009 und Charta der Zusammenarbeit mit Präambel:
- Die Internationale Bodenseeregion ist ein zentraler Lebens- und Wirtschaftsraum im Bodensee-Dreiländereck. Viele gleichartige Interessen von Kommunen werden häufig durch die Ländergrenzen nicht abgestimmt und nicht gemeinsam vertreten.
- Der Städtebund Bodensee versteht sich als die gemeinsame ideelle Interessenvertretung der Kommunen in der Internationalen Bodenseeregion. Die wichtigste Aufgabe des Städtebundes Bodensee ist deswegen auch die Feststellung dieser gemeinsamen Interessen, deren Aufarbeitung und deren grenzübergreifende Vertretung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern in den drei Ländern.
- Durch eine größere Mobilität und die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Tätigkeiten ihrer Bewohner wächst auch die Internationale Bodenseeregion stärker zusammen. Der Städtebund Bodensee will dazu beitragen, ein regionales Bewusstsein über Ländergrenzen hinweg zu wecken. Eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Tourismus, Verkehr, Bildung und Kultur soll dies ermöglichen.

Ziele

Zentral geht es dem ISB darum

- **einen kommunalen Beitrag zur Stärkung der Seeregion im Wettbewerb der Regionen leisten**
- **eine Plattform zum Erfahrungsaustausch, zur Meinungsbildung und zur Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer grenzüberschreitender Projekte und Ideen zu bieten**

Was können die Kommunen leisten?

- Einwirkung auf Entscheidungen und Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange betreffen durch Kommunikation
- Einflussnahme und Mitsprache bei grenzüberschreitenden Projekten und Beurteilung von Interreg Projekten
- Erfahrungsaustausch und Informationstransfer zwischen den Mitgliedstädten zur Vorbereitung und Begleitung von Themen
- Vertretung der Mitgliedstädte gegenüber der Internationalen Bodenseekonferenz

Organisation

Lenkungsgruppe (9) mit drei Vorsitzenden im Wechsel

Vorsitzende

2009 Oberbürgermeister Horst Frank – Konstanz

2010 Stadtammann Norbert Senn – Romanshorn

2011 Bürgermeister Markus Linhart – Bregenz

2012 Stadtpräsident Thomas Scheitlin – St. Gallen

2013 Oberbürgermeister Ulrich Borchardt – Konstanz

2014 Bürgermeister Markus Linhart - Bregenz

Organisation

Lenkungsgruppe

- Bürgermeister Markus Linhart – Bregenz
- Bürgermeister DI Wolfgang Rümmele – Dornbirn
- Bürgermeister Xaver Sinz – Lochau
- Oberbürgermeister Dr. Gerhard Ecker – Lindau
- Oberbürgermeister Ulrich Burchardt –Konstanz
- Bürgermeister Andreas Schmid - Meckenbeuren
- Stadtrat Peter Neukomm – Stadt Schaffhausen
- Stadtpräsident Thomas Scheitlin – St. Gallen
- Gemeindeammann David Bon – Romanshorn



Geschäftsstelle

Josef Büchelmeier

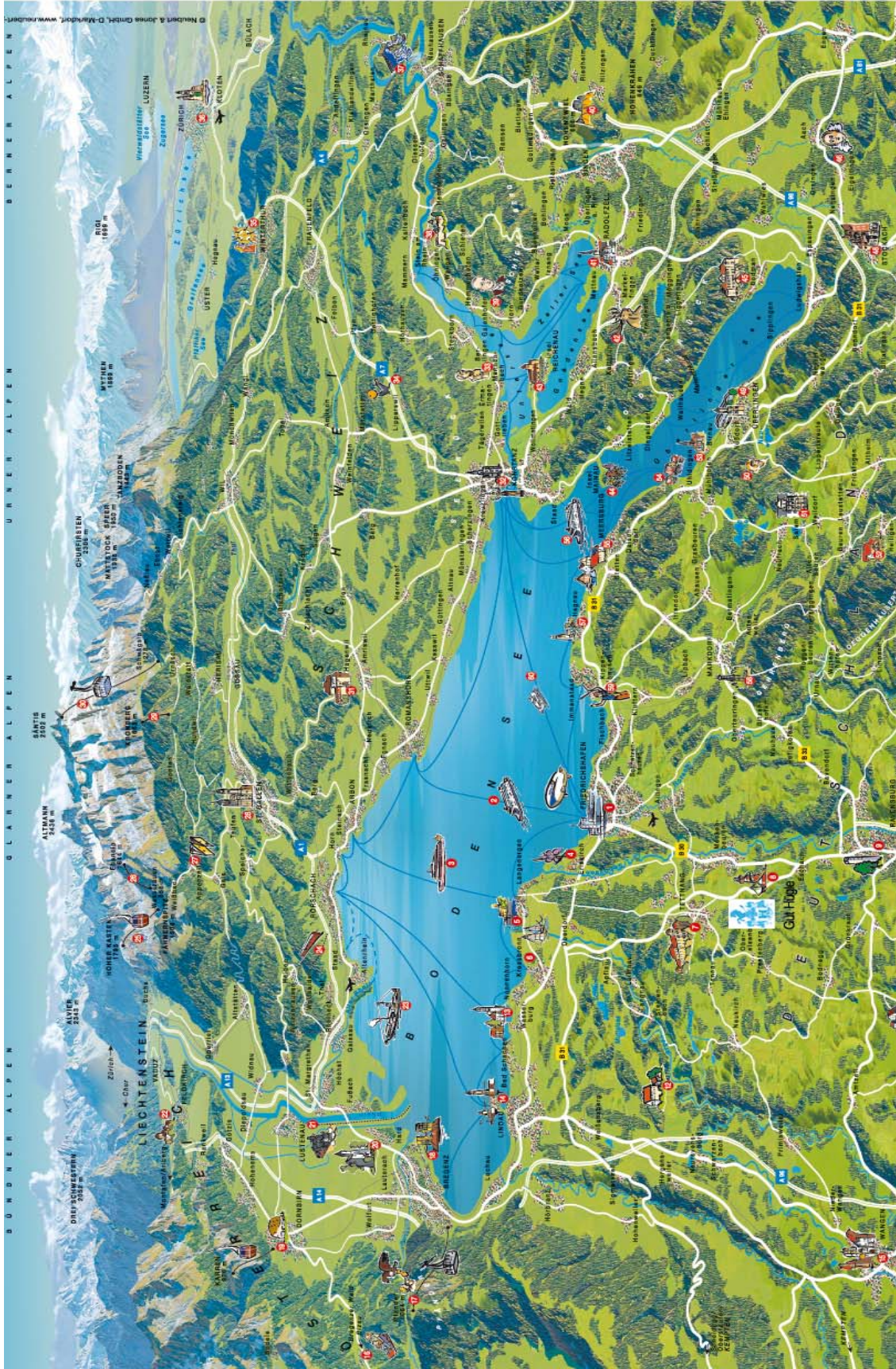
Möwenstrasse35

88045 Friedrichshafen

+49 7541 31881

sekretariat@staedtebund-bodensee.org

www.staedtebund-bodensee.org



Bisherige Aktivitäten

- Internationaler Erfahrungsaustausch der kommunalen Energieversorger im Januar 2013 / Mai Juni 2013
- Grenzüberschreitender Austausch von Auszubildenden der Mitgliedkommunen Juni 2013 ff
- Ausstellung zum Konstanzer Konzil bei den Mitgliedsstädten
- Schüleraustausch 2009/2010
- Bilaterale Projekte zum Thema «Sucht/Gewalt/Littering»
- Bregenz und St. Gallen -
- Partnerstädte zugeordnet mit Austausch
z.B. Bregenz + Weingarten, Tettnang + Romanshorn
- Verkehrsresolution 2010 auf der Hauptversammlung
anschliessendes Gespräch mit SBB in Bern
- Besuch in Brüssel bei Vertretungen von A, CH, BW, Ausschuss
der Regionen, Energie-Kommissar Oettinger
- Wöchentlicher Newsletter seit 2009
- Webseite www.staedtebund-bodensee.org
- Mitorganisation eines Bodenseetages 2012 in Kreuzlingen

Unser Anliegen

- Regelmässiger Austausch ISB – IBK auf der Ebene Lenkungsgruppe und der Troika der IBK
- Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Themen (ebenenübergreifende Verbundaufgaben, gemeinsame Anliegen) durch direkte Zusammenarbeit auf Fachebene im Bereich der Kommunen und administrativen Organisationen
- Unterstützung durch Kantone, Länder und deren politische Vertretungen, Parlamenten, Parlamentariern
- ISB bietet sich im politischen grenzüberschreitenden Raum als kommunaler Gesprächspartner an

Herzlichen Dank !